

Fragen an unseren Bürgermeister Herrn Lutz Urbach

Wie viele Flüchtlinge leben aktuell in Bergisch Gladbach? **Ungefähr 1500 Menschen**

Erstaufnahme: **340 Menschen, wenn Feldstraße belegt.**

Regelzuweisung: **Ungefähr 1200 Menschen**

Mit wie vielen Flüchtlingen rechnen Sie bis Jahresende? **70-100 pro Woche => ca. 2000 Menschen**

Darf die Stadt Bergisch Gladbach auch Flüchtlinge in die Nachbargemeinden weiterleiten?

Nein, darf sie nicht.

Mit welchem Zeitrahmen planen Sie, bis dass alle „Notunterkünfte“ wieder aufgelöst sind?

Dazu kann ich Ihnen keine Antwort geben, ich weiß es selber nicht.

Bestehen Überlegungen im Rat der Stadt B. Gl., weitere Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen?

Ja, evtl.

Sind bei den 250 Flüchtlingen an der Feldstr. auch die Flüchtlinge von Sand eingeplant?

Nein, sind sie nicht.

Wann wird die Halle für unseren Sportbetrieb wieder nutzbar sein?

Langfristig ist eine Verlegung der Flüchtlinge nach Katterbach geplant. Wann steht noch nicht fest.

Wird die Halle nach der Räumung direkt saniert, oder bleibt es bei 2017? Kehren die Sportgruppen zurück nach Sand, um nach einer kurzen Zeit erneut auf andere Sportstätten verteilt zu werden?

Die Halle wird kurzfristig in Augenschein genommen, danach wird entschieden.

Gibt es einen Fahrplan, in welcher Reihenfolge welche Unterkunft zuerst/zuletzt aufgelöst wird?

Nein, gibt es nicht.

Wie lange können wir die Ersatzhallen in Anspruch nehmen?

Bis die Situation sich geändert hat. Aber fest steht, dass wir alle zusammenrücken müssen, um Obdachlosigkeit zu verhindern.

Wann werden die Renovierungsarbeiten an der Bensberger Str. fertig sein, Stichwort: Duschen?

Welche Halle ist gemeint? Da kann ich nichts zu sagen, da ich die geschilderte Halle/Sachverhalt nicht kenne. Der Vorstand wird mit dem Sportamt darüber sprechen.

Wir sind im Sander Jugendheim und bei der AWO am Birkenbusch in nicht städtischen Räumen untergekommen. Derzeit können wir diese noch kostenlos nutzen. Wer aber trägt die Kosten, sollte sich dies ändern? Gibt es noch städtische Alternativen?

Sollten Kosten auf uns zukommen, sollen wir uns an den Bürgermeister wenden.

Ist es nicht sinnvoll, wie jetzt an der Feldstr. vorgenommen, die Flüchtlinge auf wenige Stellen zu konzentrieren um die vorhandenen Ressourcen an Mitarbeitern von DRK, Stadt, Gesundheitswesen, Verpflegung etc. optimal nutzen zu können?

Ja, deshalb geht die Stadt ja den Weg der großen Einrichtungen. Das DRK hat jetzt eine Untersuchungsmöglichkeit an der Jakobstraße geschaffen, wo ab sofort alle Neuankömmlinge untersucht werden.

Die Halle gehört der Stadt, der Sportplatz ist ab dem Eingangstor vom Verein gepachtet. Wer ist auf dem Platz für die Sauberkeit / Ordnung verantwortlich und gegenüber den Flüchtlingen weisungsbefugt, wenn Spielzeug, leere Getränkeflaschen, als Kondome benutzte Gummihandschuhe und anderer Müll herumfliegen? Die Fußballjugend trainiert auf dem Platz und hat das Recht auf einen Mindeststandard, ihrem Sport nachzugehen.

DRK ist dafür zuständig. Wir sollen das Gespräch mit dem DRK suchen.

Besteht seitens der Stadt Interesse, dass Privatpersonen Flüchtlinge in kleiner Anzahl (Frau mit Kleinkind, Kleinfamilien) aufzunehmen?

Ja. Aufnahmewillige Bürger sollen sich bei der Stadt melden. Dann wird geprüft, ob die Voraussetzungen erfüllt sind.

Der Verein plant schon seit längerem den Umbau des Ascheplatzes in einen Naturrasenplatz. Wir als Vorstand stehen vor dem Problem wie wir vorgehen sollen. Starten wir mit Brunnenbohrung, Baumfällarbeiten, Errichtung eines Zaunes noch in diesem Jahr und nehmen den Umbau im Frühjahr nächsten Jahres in Angriff, dürften keine Flüchtlinge auf den Platz. Wer stellt das sicher?

Sollten wir diese Vorgehensweise verschieben müssen, laufen uns zusätzlich die Fußballer davon.

=> Der Platz muss nächstes Jahr kommen.

Warum beginnen Sie nicht. Wir haben dem Bürgermeister unsere Situation erklärt. Er sagte zu, bei Problemen uns zu helfen.

Wie sieht es in GL mit der von der **Bundesregierung** in Aussicht gestellten unbürokratischen Umwidmung von Gewerbegebiet/Gewerbeimmobilien in Wohnraum, insbesondere zur Unterbringung von Asylbewerbern aus.

Bei einer übernächste Woche in Berlin stattfindenden Einladung von Angela Merkel an Bürgermeister Lutz Urbach wird das Thema erörtert.